

Frankfurt im Fokus: Hausbesetzung im Gallus sorgt für politischen Streit!

In Frankfurt (Oder) wurde ein städtisches Gebäude besetzt. Die Stadt plant Maßnahmen gegen ungenutzte Immobilien in der Wohnungskrise.



Lahnstraße, 63067 Frankfurt am Main, Deutschland - In Frankfurt brodelt es: Ein leerstehendes Gebäude an der Lahnstraße im Gallus wurde besetzt, und die Gemüter kochen hoch. Dieses Gebäude, das im Eigentum der Stadt steht, war jahrelang ungenutzt und wird nun zum Symbol für die drängende Debatte um Wohnraum in den großen Städten Deutschlands. Die Stadt hat in einem Versuch, Spekulationen am Immobilienmarkt zu verhindern, ihr Vorkaufsrecht genutzt, doch der daraus resultierende Leerstand ist für viele nicht mehr nachvollziehbar. Wie [faz.net](https://www.faz.net) berichtet, duldet die zuständige Dezernentin Sylvia Weber (SPD) teilweise die Besetzungen, solange der bauliche Zustand dies zulässt. Dies führt zu einem Gefühl der Handlungsunfähigkeit seitens der Stadt und schwächt

das Vertrauen der Bürger in den Staat.

Die Duldung von Besetzungen wird von vielen als inakzeptabler Rechtsbruch angesehen. Stimmen aus der politischen Landschaft, insbesondere von der Linken, fordern nun Verhandlungen mit den Besetzern, was Fragen zur politischen Unterstützung aufwirft. Kritiker befürchten, dass radikale Parteien aus dieser chaotischen Situation Kapital schlagen könnten. Die Stadt steht vor der Herausforderung, das besetzte Haus schnellstmöglich zu entrümpeln und entweder zu vermieten oder zu verkaufen, um einen weiteren Verfall der öffentlichen Ordnung zu verhindern.

Die Wohnungskrise als Bodenkrise

Das Thema Wohnraum schlägt auch in anderen deutschen Großstädten hohe Wellen. Laut einer Analyse der **Böckler-Stiftung** fehlen in Deutschland rund 1,9 Millionen günstige Wohnungen, darunter insbesondere Apartments für Singles und große Haushalte. Besonders betroffen sind Städte wie Berlin, Hamburg und Köln. Die Ampel-Regierung hat sich zwar zum Ziel gesetzt, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu schaffen, doch die Realität sieht düster aus. Hohe Zinsen und Baukosten haben den Bau neuer Wohnungen stark gedrosselt, und die Zahlen sprechen eine klare Sprache: von 295.000 Fertigstellungen im Jahr 2022 könnte die Zahl in den kommenden Jahren auf historische Tiefpunkte fallen.

Aber was hat diese Krise mit dem aktuellen Fall in Frankfurt zu tun? Der Artikel von **praktische-philosophie.org** wirft die Frage auf, wem die Stadt wirklich gehört, und beleuchtet die tiefen Konflikte rund um den Eigentumsschutz und die Nutzung von Boden. Es ist eine **Bodenkrise**, die vor dem Hintergrund der Wohnungskrise betrachtet werden muss. Wer entscheidet, wie der Boden genutzt werden soll? Und wer profitiert von den Wertsteigerungen? Diese Fragen stellen sich nicht nur in Frankfurt, sondern auch in anderen Städten, die mit ähnlichen Problemen kämpfen.

Neue Wohnraum- und Bodenpolitiken sind gefragt, um den Herausforderungen zu begegnen. Der Mangel an sozialem Wohnungsbau, der seit den 1980er-Jahren stark zurückgegangen ist, hat zur heutigen Misere beigetragen. Wenn die Stadt Frankfurt und andere deutsche Städte nicht schnell handeln, könnte die unkontrollierte Besetzung leerstehender Gebäude zur neuen Normalität werden und das soziale Gefüge weiter belasten.

Details	
Ort	Lahnstraße, 63067 Frankfurt am Main, Deutschland
Quellen	• www.faz.net • www.praktische-philosophie.org • www.boeckler.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net